

Antrag **DIE LINKE**

Zaklin Nastic und Fraktion
DIE LINKE

Schaffung einer Beratungsstelle für Eltern, Angehörige sowie Betroffene in der Auseinandersetzung mit Islamismus

Die bewaffneten Konflikte in Syrien und Irak sowie der Kampf der Kurdinnen und Kurden um die Stadt Kobane zum Schutz der Bevölkerung vor der Terrororganisation IS, sorgen Weltweit für Entsetzen.

Nach berichten der Medien reisen immer mehr junge Menschen aus Europa, Deutschland und auch Hamburg nach Syrien und Irak um die Terrororganisation IS zu unterstützen.

In Hamburg und Eimsbüttel versuchen Gruppierungen junge Menschen für ihren religiösen Extremismus auf unterschiedlichen Wegen zu gewinnen. Dabei scheint auch das Internet sowie Soziale Netzwerke für die Rekrutierung von jungen Menschen eine wichtige Rolle zu spielen. Immer mehr Eltern, Angehörige und Betroffene suchen Hilfe, Unterstützung und Beratung in der Auseinandersetzung mit Islamismus.

Die Angst der Eltern mit Migrationshintergrund, dass auch ihre Kinder sich radikalen terroristischen Gruppierungen anschließen könnten wächst. Viele sind auf der Suche nach Beratungs- und Hilfsangeboten.

Die Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und Hessens haben Programme erarbeitet, welche Islamisten und deren Angehörigen Hilfe anbieten.

Auch Bremen verfügt mit dem Netzwerk kitab über ein strukturiertes und gewachsenes Angebot.

In Hamburg gibt es derzeit noch kein offiziell

beschlossenes Landesprogramm. Laut Medienberichten gibt es derzeit einen als vertraulich eingestuften Entwurf der Sozialbehörde für ein geplantes Beratungsnetzwerk. Dies ist zu begrüßen, jedoch ist der Aufbau eines solchen Netzwerks langwierig und braucht Zeit.

Derzeit fehlen in Hamburg und Eimsbüttel Beratungsangebote für Hilfesuchende Menschen welche jetzt dringend Unterstützung benötigen.

Beschluss:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung Eimsbüttel möge sich bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration dafür einsetzen, dass in Eimsbüttel schnellstmöglich Beratungsangebote für Betroffene, Eltern und Angehörige geschaffen werden zur Prävention islamischer Radikalisierung.

Zudem sollen Bildungseinrichtungen, Erziehungsberatungsstellen, MitarbeiterInnen der Offenen Kinder und Jugendarbeit sowie Elternschulen, Schulungsangebote erhalten um auf religiösen Extremismus sensibel und geeignet reagieren zu können.